

3008/J XXV. GP

Eingelangt am 06.11.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Darmann, Mölzer
und weiterer Abgeordneter

an den Bundeskanzler
betreffend UNO-Kritik am „Islam-Gesetz“

Die Tageszeitung „Österreich“ berichtet in ihrer Online-Ausgabe vom 5.11.2014 über einen Brief seitens der zuständigen Beauftragten für Religionsfreiheit und Minderheitenrechte der UNO an die österreichische Bundesregierung.

TK HEUTE

Neues Islam-Gesetz: Beschwerde bei UNO

Kurz und Ostermayer verhandelten das Islam-Gesetz.



Kurz und Ostermayer: »Sind gelassen«

Nach Beschwerden über das Islam-Gesetz schreibt die UNO an die Regierung einen Brief.

Wien/Genf. Dass Teile der islamischen Community und auch einzelne „Geberländer“ gegen das neue Islamgesetz der heimischen Regierung Sturm laufen, war bekannt. Neu ist allerdings, dass diese Beschwerden auch die UNO in Genf erreichten. Die zuständigen Beauftragten für Religionsfreiheit und Minderheitenrechte haben der Regierung einen ÖSTERREICH vorliegenden Brief geschrieben.

Darin verlangen Heiner Bielefeldt und Izsák Rita Auskunft über „konkrete Informationen“, die sie über den Entwurf erhalten hätten.

Koran. Konkret zeigen sie sich besorgt darüber, dass es künftig eine deutsche Fassung des Koran geben solle. Auch das angepeilte Verbot der Auslandsfinanzierung für Moscheen und islamische Schulen stört die UNO-Beauftragten. Sie bitten, die „Vorwürfe innerhalb von 60 Tagen zu beantworten“.

VP-Außenminister Sebastian Kurz und SP-Kanzleramtsminister Josef Ostermayer – sie haben das Gesetz entworfen – kontern: „Wir werden das zügig beantworten und sehen das gelassen.“



Fuat Sanaç.

Isabelle Daniel

UNO: »Hat Kurz gesagt, Scharia hätte keinen Platz in Österreich?«

Genf. In dem Brief verlangt die UNO Auskunft darüber, ob VP-Außenminister Sebastian Kurz gesagt habe, dass die „Scharia-Gesetze keinen Platz in Österreich“ hätten.

Scharia: Die UNO versteht das geforderte Bekenntnis zum österreichischen Rechtsstaat als „Verbot für islamische Gesetze“ und warnt, dass dies gegen Menschenrechte verstoßen könnte.

According to Foreign Minister Sebastian Kurz, Muslims residing in Austria will be expected to adhere to Austrian values and to acknowledge the primacy of Austrian law over Islamic Sharia law. He reportedly said that Sharia law had "no place" in Austria and that Muslims would be prohibited from citing Islamic law as legal justification for ignoring or disobeying Austrian civil laws.

UNO-Beauftragte besorgt über „uns berichtetes Verbot von Scharia“.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

Anfrage

1. Ist Ihnen der Inhalt des von der UNO an die österreichische Bundesregierung gerichteten Schreibens zum „Islam-Gesetz“ bekannt?
2. Ist aus Ihrer Sicht das im Entwurf des Islam-Gesetzes geforderte „Bekenntnis zum österreichischen Rechtsstaat“ als Verstoß gegen die Menschenrechte zu werten?